



Aktueller Begriff

75 Jahre Mitgliedschaft Deutschlands im Europarat

Bei der **Gründung des Europarates am 5. Mai 1949 konnte Deutschland dem Europarat nicht beitreten**. Die Bundesrepublik Deutschland existierte als Staat zu diesem Zeitpunkt schließlich noch nicht. Doch beschäftigte sich die Beratende Versammlung des Europarates schon bald, in ihrer ersten Sitzungsperiode im August 1949, mit einem möglichen Beitritt der Bundesrepublik, die am 23. Mai 1949 gegründet worden war. Das Thema war **nicht unumstritten**. Winston Churchill hatte jedoch bereits in seiner Zürcher Rede am 19. September 1946, in der er zu einer Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa“ aufrief, deutlich gemacht, dass eine solche Organisation unter Einbindung Deutschlands entstehen müsse. Dahinter stand auch die Idee, dass Deutschland durch Inklusion in eine europäische zwischenstaatliche Organisation besser kontrolliert werden könnte. Somit war es wenig überraschend, dass Churchill sich bereits in der ersten Sitzung der Beratenden Versammlung für eine sofortige Aufnahme Deutschlands aussprach. Andere Versammlungsteilnehmer waren hingegen zurückhaltender und forderten, dass Deutschland zunächst seine „Demokratiefähigkeit“ beweisen müsse. Letztlich setzten sich die **Befürworter einer zeitnahen Aufnahme Deutschlands** durch, und der Europarat sprach Deutschland am 30. März 1950 eine Einladung aus.

Jedoch war auch **in der deutschen Innenpolitik** der Beitritt Deutschlands zum Europarat **umstritten**. Zwar verfolgte Konrad Adenauer (CDU) von Beginn seiner Kanzlerschaft an das Ziel der Westbindung und europäischen Integration Deutschlands, aber selbst innerhalb seiner eigenen Regierung wurden Bedenken geäußert. So befürchtete der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser (CDU), dass die mit einem Beitritt zum Europarat verbundene Westbindung nur der Bundesrepublik die Wiedervereinigung Deutschlands erschweren würde. Ferner war die Opposition gegen einen Beitritt zum Europarat. Kurt Schumacher (SPD) sah neben der Zementierung der Westbindung der Bundesrepublik auch die generelle Teilung Europas in zwei Blöcke als problematisch an. Zudem stieß die Tatsache, dass nicht nur Deutschland, sondern auch das unter französischem Protektorat stehende Saarland eine Einladung zum Beitritt zum Europarat erhalten hatte, in der deutschen Bevölkerung auf große Ablehnung. Trotz dieser Widerstände **stimmte der Bundestag am 15. Juni 1950 mehrheitlich dem Beitritt Deutschlands zum Europarat zu**, und der Europarat wurde dadurch zur ersten internationalen Organisation, der Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg beitrat. Aufgrund des Besetzungsstatuts war es für die junge Bundesrepublik im Jahr 1950 jedoch zunächst **nur möglich, assoziiertes Mitglied** zu werden. Erst nach der Revision des Besetzungsstatuts wurde **Deutschland am 2. Mai 1951 Vollmitglied**. Das Saarland blieb ein assoziiertes Mitglied, bis es 1957 Teil der Bundesrepublik wurde.

Beginnend in den 60er Jahren nutzte die Bundesrepublik den **Europarat** auch als Forum für ihre Entspannungspolitik gegenüber dem Ostblock. So ist es wenig überraschend, dass zu den

Angelegenheiten, die vom Ministerkomitee des Europarates insbesondere unter deutschem Vorsitz vorangetrieben wurden, Aktivitäten zur graduellen Öffnung der Organisation für mittel- und osteuropäische Länder gehörten. Nach dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges setzte sich **Deutschland zudem erfolgreich für eine schnelle Erweiterung des Europarates ein**, und so wurde er die erste europäische Institution, die sich für ost- und mitteleuropäische Staaten öffnete. Unter dem deutschen Vorsitz des Ministerkomitees (November 1997 bis Mai 1998, der Vorsitz wechselt alle 6 Monate) wurde ferner die Umgestaltung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu einem ständig tagenden Gerichtshof abgeschlossen, und der neue Gerichtshof nahm im November 1998 seine Arbeit auf.

Deutschlands Engagement für den Europarat wurde jedoch von den anderen Mitgliedstaaten nicht immer nur wertgeschätzt. Da der Europarat konstant unter Geldmangel litt, hatte der Bundestag im Jahr 2000 beschlossen, eine **Sonderzahlung in Höhe von 900.000 Mark** zu leisten. Dies sorgte jedoch für **diplomatische Verwicklungen**, weil andere Mitgliedstaaten argwöhnten, dass, wenn ein Land seine Zahlungen aus eigenem Antrieb erhöht, andere Länder ihre Zahlungen möglicherweise unaufgefordert reduzieren könnten. Darüber hinaus wurde befürchtet, dass Sonderzahlungen eines Mitgliedsstaates die Unparteilichkeit des Gerichtshofs in Zweifel ziehen könnten. Letztlich wurde in einem Kompromiss ausgehandelt, den deutschen Sonderbeitrag um die Hälfte zu kürzen, und die übrigen Mitgliedstaaten erklärten sich bereit, je nach ihrem Beitragschlüssel eine entsprechende Zahlung zu leisten.

Deutschland wurde nicht ausnahmslos als „Musterschüler“ des Europarates wahrgenommen. Im **Jahr 2019** wurde die **Kritik des Anti-Folter-Komitees des Europarates**, dessen Mitglieder einen Abschiebeflug begleitet hatten, an der deutschen Abschiebepraxis von verschiedenen deutschen Medien aufgegriffen. Angeprangert wurde insbesondere unverhältnismäßige und unangemessene Gewalt sowie die Zufügung starker Schmerzen (u. a. durch Quetschen der Genitalien). Im **Jahr 2024** erob das Anti-Folter-Komitee nach Begleitung eines weiteren Abschiebeflugs im September 2023 keine vergleichbaren Vorwürfe.

Zuletzt hatte Deutschland den **Vorsitz des Ministerkomitees vom November 2020 bis Mai 2021 inne** und setzte sich in dieser Zeit insbesondere für die **Rechte der Roma**, der größten Minderheit in Europa, sowie der Homosexuellen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LGBTI) ein. Gemäß dem Gesetz über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates hat sich die deutsche Delegation zum Europarat innerhalb von drei Monaten nach Konstituierung des neuen Bundestages zu bilden. Somit ist zu erwarten, dass sich in den nächsten Wochen eine neue Delegation für die Parlamentarische Versammlung des Europarates, zu der 18 Mitglieder gehören werden, formiert.

Quellen:

- Council of Europe, News 2024, Council of Europe anti-torture Committee (CPT) publishes report on the monitoring of a Frontex-supported return operation from Germany to Pakistan, 4.4.2024
- „Deutliche Defizite“, Das Parlament, S. 6, 30.11.2020
- Deutschland will spenden - und darf nicht, Hamburger Abendblatt, S. 4, 16.7.2001
- Uwe Holtz (Hrsg.), 50 Jahre Europarat, 2000
- Birte Wassenberg, Deutschland und der Europarat, Konrad-Adenauer-Stiftung, 3.5.2024
- Zu hart angepackt, Frankfurter Rundschau, S. 5, 10.5.2019